

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/91

Bonn, den 20. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>K A S S E L</u> Ein zweiter Schritt, dem weitere folgen sollen	40
2 - 2a	<u>Nordrhein-Westfalen</u> Vor Beginn des Wahlkampfes	79
3	<u>Schwere Versäumnisse</u> Was ein Untersuchungsausschuß des Kieler Landtages zutage brachte	42
4	<u>H A L V A R D L A N G E †</u> Ein Freund des demokratischen Deutschland	39

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

- Brandt: Die deutsche Frage bleibt offen
- Volksgruppenrecht fest verankern
- Vier Siebenbürger-Sachsen-Siedlungen
- 600.000 Anträge auf Familienzusammenführung
- 23. LAG-Novelle im Bundeskabinett
- 1. Vierteljahresbericht 1970 des Bundesausgleichsrates
- 22 diplomatische Vertretungen der DDR

K A S S E L

Ein zweiter Schritt, dem weitere folgen sollen

sp - Hoffnungen und Befürchtungen begleiten Bundeskanzler Willy Brandt und seine Verhandlungsdelegation nach Kassel. Dieses zweite Treffen mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Willi Stoph, die Vorbereitungen hierzu und die in Ostberlin und in Bonn inzwischen bekanntgewordenen Vorstellungen von der Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik lassen erkennen, wie schwierig es sein wird, zu greifbaren Resultaten zu gelangen.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn Bonner Regierungskreise jeden Eindruck von Zielvorstellungen vermeiden, die nicht realisierbar wären.

Schon in Erfurt hat sich gezeigt, daß die Delegation der DDR Maximalforderungen an die Bundesrepublik stellt. Was in der Zwischenzeit bis in die letzten Tage aus Ostberlin zu uns herüber drang, läßt vermuten, daß sich daran nicht viel geändert haben dürfte. Trotzdem ist die Bundesregierung entschlossen, den von ihr für richtig gehaltenen Weg weiterzubeschreiten, ohne hierbei die Grundprinzipien ihrer Politik aufzugeben.

Die Regierung Brandt/Scheel will - im Einvernehmen mit den Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland - konstruktive Beiträge zur Entkrampfung des Ost-West-Verhältnisses in Europa leisten. Brandt geht deshalb mit konkreten Vorstellungen nach Kassel. Er tut dies in dem Bestreben, der von den meisten europäischen Staaten gewollten europäischen Sicherheitskonferenz soviel Steine wie möglich aus dem Wege zu räumen. Die Regierung Brandt/Scheel hat sich aber auch zu diesem Weg entschlossen, weil sie sich der Zustimmung der großen Mehrheit unseres Volkes sicher ist, eines Volkes, das die Schrecken gewaltsamer Auseinandersetzungen noch 25 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges in lebendiger Erinnerung hat.

Die Versöhnung mit den früheren Kriegsgegnern Deutschlands im Westen wurde erreicht und zur konstruktiven Zusammenarbeit entwickelt. Es ist der Wunsch und der Wille der Regierung Brandt/Scheel, das Werk der Versöhnung und - wenn möglich - einer späteren, sich über ganz Europa erstreckenden Zusammenarbeit auch nach dem Osten hin fortzusetzen.

Wenn in Kassel auch nur Teilergebnisse erzielt werden können, wäre dies schon ein Fortschritt im Verhältnis zum Stand der Ost-West-Beziehungen in den vergangenen 20 Jahren.

Dieses Ziel ist jede Mühe wert.

+ + +

Nordrhein-Westfalen

Vor Beginn des Wahlkampfes

Kr. S. Sieben Parteien stellen sich am 14. Juni 1970 in Nordrhein-Westfalen den rund 12 Millionen Wahlberechtigten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes zur Landtagswahl, die mehr als je zuvor von der CDU-Opposition in Bonn und Düsseldorf in das Rampenlicht bundespolitischer Auseinandersetzungen gezerzt wird. Die großen Parteien steigen nun absprachegemäß aktiv in den Wahlkampf ein.

Von den Sozialdemokraten werden keine politisch-geographischen Grenzen für den Einsatz von Bundesministern im Wahlkampf gesetzt. Es ist keine Rede davon, daß man etwa den Einsatz des sozialdemokratischen Bundeswirtschaftsministers im Ruhrgebiet "fürchtet", zumal sich gerade dort die Menschen noch daran erinnern, wer einmal nach dem Sturz der Regierung des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Meyers die "Karre aus dem Dreck gezogen" hat.

Die CDU hingegen wird ihren prominenten Rednern, wie z.B. Kiesinger, Strauß, ja sogar Schröder und Katzer, nur solche konservative Wahlkreise zuweisen, wo sie noch anzukommen versprechen. Von der FDP werden im NRW-Wahlkampf die Bundesminister Scheel, Genscher und Ertl das Wort ergreifen.

Ein moderner Wahlkampf

Vom popartig gestalteten Wahlplakat bis zur Werbung durch Beat-Bands reicht das Repertoire des Wahlkampfes, der ein durchaus moderner zu werden verspricht. Die von den Parteien gewählten Farben haben sich wieder einmal verändert. So ist die FDP zum Beispiel vom seriösen schwarzen Untergrund mit weißer Schrift aus dem Bundestagswahlkampf abgerückt und präsentiert sich nunmehr mit Blau und Rostbraun. Demgegenüber zeigt sich die CDU in einem völligen farblichen Kontrast, indem sie auf ihren Plakaten das Rot deutlich hervortreten läßt. Analog schlagwortartig zieht die CDU überhaupt in den Wahlkampf: "Köppler kommt" heißt ihre Devise, und so war es auch schon im Vorwahlgeplänkel: Köppler kam und ging wieder! Er ließ sich selbst dazu herab, mit Hippies und anderem "fahrenden Volk" zu diskutieren. Das "Köppler kommt" klingt ähnlich wie das "Wähl mich" (der DKP, für die ein attraktives Mädchen wirbt). Hier dreht es sich primär um die Optik (weniger um die Sache). Die DKP ist ganz darauf eingestellt. Sie wird zum Beispiel mit dem Dampfer "Berlin" zu einer Jungwählerparty auf dem Rhein starten. Künstler aus der DDR haben ihr Kommen bereits zugesagt.

Es geht um die Gunst der Jungwähler

1.380.000 junge Wähler, von ihnen 804.000 zum erstenmal, sind am 14. Juni dabei. Von den Wahlberechtigten sind 6,47 Millionen Frauen

und 5,62 Millionen Männer. Diese "Mischung" setzt der Wahltaktik fraglos den Stempel auf. Das gilt weniger für die Düsseldorfer Regierungsparteien SPD und FDP als mehr für CDU und kleinere Parteien. Seitdem sich bei einer Meinungsumfrage im Februar/März 55 v.H. der Befragten für die SPD entschieden, hat sich die CDU noch stärker auf die Jungwähler eingestellt. CDU-Spitzenkandidat Köppler geht nirgendwo mit seinem smarten Konterfei und rechnet sich gewiß eine Wirkung bei der weiblichen Wählerschaft aus.

Die CDU greift überwiegend bundespolitische Themen auf. Die Preise spielen da eine Rolle. Die Ostpolitik der Bundesregierung wurde bereits (wie z.B. auf dem Treffen der Oberschlesier zu Pfingsten in Essen) zu knallharten Auslegungen mißbraucht. Von einer echten landespolitischen Auseinandersetzung ist bei der CDU nur im Hintergrund etwas zu hören.

SPD sucht den Kontakt zum Wähler.

Trotz aller unsachlichen und deplacierten Angriffe rücken die Düsseldorfer Regierungsparteien nicht von ihrem sachlichen Kurs ab. "Die sichere Hand für unser Land" oder "Jetzt fangen wir erst richtig an" so lauten die wichtigsten Wahlslogans der Sozialdemokraten unter dem Spitzenkandidaten Heinz Kühn, der gemeinsam mit seinen SPD- und FDP-Ministern wahrlich viel an Leistungen nachweisen kann. In einem demnächst erscheinenden Rechenschaftsbericht wird die Regierung Kühn präzise belegen, was in der Regierungserklärung vom 12. Dezember 1966 gesagt wurde und was in den dreieinhalb Jahren danach getan worden ist. SPD und FDP sind sicher, daß sich die Wähler an Rhein und Ruhr an jene Zeit zurückerinnern, als das Gespenst der Arbeitslosigkeit durch dieses Industrieland schlich und die CDU in Bonn und Düsseldorf abgewirtschaftet hatte.

Die Sozialdemokraten suchen den Kontakt zum Wähler... mehr denn je. Ihre Spitzenfunktionäre und Kandidaten gehen in Wahlversammlungen althergebrachter Form und diskutieren selbst mit kleinen und kleinsten Gruppen. Die SPD bemüht sich in NRW, sachlich zu belegen, was sie geleistet hat und was sie noch leisten will. "Jetzt fangen wir erst richtig an"... das heißt, daß man in dreieinhalb Jahren mit dem politischen Wirrwarr, den die CDU zurückließ, nicht ganz fertig werden konnte. "Vieles wurde erreicht, vieles ist noch zu tun", sagte Ministerpräsident Kühn.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind gerüstet und wollen die Wahl am 14. Juni gewinnen.

Schwere Versäumnisse

Was ein Untersuchungsausschuß des Kieler Landtages zutage brachte

nn. - Für Jugendinternate sind in Schleswig-Holstein gleich drei Ministerien, das für Kultus, Soziales und Inneres, zuständig. In vielen Internaten herrscht unter den jungen Leuten erhebliche Unruhe. Oft fehlt es an Erziehern und Lehrern. Oft sind die Baulichkeiten zu alt, so daß die Atmosphäre eines geschlossenen Hauses herrscht.

Die Konzentration dieser Internate auf ein Ministerium ist vonnöten. Genügend Betreuungskräfte sind auszubilden und an eine Reihe von Neubauten muß gedacht werden. Die Versäumnisliste der schleswig-holsteinischen Landesregierung ist lang.

Ein ganz spezieller Fall wird jetzt von einem Untersuchungsausschuß des Kieler Landtages durchleuchtet, der auf Drängen der SPD-Opposition eingesetzt worden ist. Er betrifft die Zustände am Internatsgymnasium in Plön, für das das Kultusministerium verantwortlich ist. Was die Schüler und ihre Eltern und auch einige Erzieher dem Ausschuß in Kiel berichteten, zeugt noch heute von autoritären Strukturen, wie sie einst in der Kadettenanstalt für Zöglinge, die das Plöner Schloß beherbergte, gängig waren.

Ein ehemaliger Internatserzieher und Studienassessor sagte vor dem Ausschuß, im Schloß hätte man massiven Druck gegen politisch progressive Schüler ausgeübt. Sie seien persönlichen Repressalien etwa wegen ihrer Haartracht ausgesetzt worden. Ein Hauptmann der Bundeswehr gar bezeichnete die von der Internatsleitung letzten Sommer herausgegebenen Ordnungsprinzipien als autoritär.

Diese Ordnungsprinzipien, die in den letzten Sommerferien unterschrieben werden mußten, wenn jemand im Internat bleiben wollte, hat der Kieler Universitätsprofessor Conrady als "Einordnung, Unterordnung, Zwang und Disziplin um ihrer selbst willen" bezeichnet, "was mit moderner Pädagogik nichts zu tun" hatte. Als die Schüler gegen diese Ordnungsprinzipien aufmuckten, wurden 15 von ihnen aus Schule und Internat verwiesen, und das waren dann meistens die intelligentesten, die in der Schülermitverantwortung maßgeblich mitwirkten. Das CDU-geführte Kultusministerium in Kiel hat diesem seltsamen Treiben der Internatsleitung allzu lange untätig zugesehen.

Der Leiter von Schule und Internat, Oberstudiendirektor Dr. Schmidt, ging zum 31. Dezember letzten Jahres vorzeitig in den Ruhestand. Er hatte einst im Dritten Reich auf zwei nationalpolitischen Erziehungs-Anstalten gedient. Es war hohe Zeit, daß er ging. Der Landtag sollte dem Kultusministerium Normen für die moderne Führung von Internaten an die Hand geben und dafür sorgen, daß das Gymnasium Schloß Plön endlich einen Schulleiter und einen Internatsleiter bekommt, die in die Landschaft von heute passen und mit jungen Leuten umgehen können.

+ + +

HALVARD LANGE †

Ein Freund des demokratischen Deutschland

sp - Norwegens langjähriger Außenminister, ein guter Freund des demokratischen Deutschland, ist im Alter von 67 Jahren von uns gegangen. Wir trauern um einen aufrechten Sozialdemokraten, der trotz jahrelanger Verfolgungen und Konzentrationslagerhaft durch das Hitlerregime einer der ersten Staatsmänner eines mit Deutschland im Kriege verstrickt gewesenen Landes die Versöhnung mit dem deutschen Volk angestrebt hat.

Von 1946 bis 1965 war Halvard Lange norwegischer Außenminister. Als in Deutschland noch die Trümmer rauchten, hat Lange, kaum dem Konzentrationslager Sachsenhausen entronnen, erste Verbindungen zu deutschen Sozialdemokraten angeknüpft. Willy Brandt, Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer gehörten zu seinen Freunden, mit denen er in zahlreichen Gesprächen die Grundlagen für die spätere Aussöhnung des demokratischen Deutschland mit den früheren Kriegsgegnern legte.

Das Wesen dieses Menschen war von großer Bescheidenheit geprägt. Er war kein gewaltiger Redner, und doch ist seine Stimme nie ungehört verhallt. Als es darum ging, die These von der vermeintlichen Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes zu bekämpfen, war Lange einer jener Männer in der großen Gemeinschaft der Sozialistischen Internationale, die, gemeinsam mit dem unvergessenen französischen Sozialistenführer Léon Blum, alle Widerstände gegen die Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland niederzwang. Nie ließ er einen Zweifel darüber entstehen, daß ein demokratisches Deutschland nicht aus der Gemeinschaft der freien Völker ausgeschlossen werden darf.

Halvard Lange hat in den vielen Jahren seiner verantwortungsvollen Tätigkeit als norwegischer Außenminister immer wieder die Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) angestrebt und durch seine große Sachkenntnis viel dazu beigetragen, daß die Regierung Brandt/Scheel jetzt in der Lage ist, die ersten Schritte zur Erreichung dieses Zieles einzuleiten.

Wir Sozialdemokraten haben Halvard Lange oft auf unseren Parteitagen als gern gesehenen Gast begrüßen dürfen. Seine großen Kenntnisse internationaler Zusammenhänge, sein mutiges Eintreten für die Völkerverständigung ließen ihn stets einen willkommenen Ratgeber sein. Der Tod von Halvard Lange reißt eine tiefe Lücke in die Reihen jener Männer, deren ganzes Leben ein ständiger Kampf für soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung, Freiheit und Frieden ist. Halvard Lange wird für uns unvergessen bleiben.